

EUROPÄISCHES PARLAMENT



SONDERAUSGABE

EUROPÄISCHER RAT
23. und 24. März 2006
Brüssel

**REDE DES PRÄSIDENTEN,
HERRN JOSEP BORRELL FONTELLES
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



01/S-2006

Generaldirektion Präsidentschaft

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2006)
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2006)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\2006

REDE DES PRÄSIDENTEN

REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOR DEM EUROPÄISCHEN RAT - MÄRZ 2006

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Staats- und Regierungschefs,

in jedem der sechs Jahre, die seit der Tagung des Europäischen Rates vom März 2000 in Lissabon vergangen sind, betrug das Wirtschaftswachstum in der Eurozone weniger als 2 %.

Wir sind weit entfernt davon, der dynamischste Wirtschaftsraum weltweit zu sein.

Inzwischen scheinen die Aussichten besser zu sein, in diesen mageren Jahren haben wir aber viele Arbeitsplätze verloren. Diese müssen wir dringend zurückgewinnen.

Unsere Bürger werden sich dem europäischen Projekt nur verpflichtet fühlen, wenn die EU fähig ist, ein solidarisches und nachhaltiges Wachstum zu initiieren.

Dazu sind aktivere und auf europäischer Ebene besser koordinierte Reformen und Maßnahmen notwendig.

Einer der Politikbereiche, der dabei in unseren Debatten eine zentrale Rolle spielen muss, ist die Energie.

Das EP begrüßt die Tatsache, dass die Revision der Europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung, die der Europäische Rat im Frühjahr initiierte, in nationalen Aktionsplänen konkretisiert wurde.

Das ist ein wichtiger, aber nicht ausreichender Fortschritt.

Wichtig, weil die Zuständigkeiten auf nationaler und europäischer Ebene geklärt werden. Es wird damit begonnen, die mangelnde nationale und soziale Angemessenheit dieser Strategie zu korrigieren. Ihr europäischer Mehrwert wird besser verstanden.

Wäre das nicht so, wären Sie nicht hier im Europäischen Rat versammelt, um Politiken zu erörtern, die mehrheitlich in nationale Zuständigkeit fallen.

Unzureichend sind die betreffenden Maßnahmen aber, weil sie immer noch eher einem richtungweisenden Tätigkeitsprogramm als einem Projekt für die europäische Gesellschaft ähneln.

Den nationalen Aktionsplänen fehlt es an quantitativen Zielen und konkreten Mitteln zu ihrer Umsetzung. Und nur 11 der 25 Mitgliedstaaten sind bereit, einen nationalen Vertreter für diese Europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu benennen.

Und nicht nur sind die Maßnahmen unzureichend, sondern auch inkohärent, weil die Verpflichtungen auf die Aktionsbereiche, die die Kommission als vorrangig erachtet, mit dem Entwurf der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 unvereinbar sind.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Die Kommission hat ihre Sorge über die Haushaltskürzungen bekundet, die für diese Strategie grundlegende Programme betreffen:

- Forschung und Entwicklung: 20 Milliarden Euro
- Innovation: 1 Milliarde Euro
- Bildung und Ausbildung: 50% weniger
- Kleine und mittlere Unternehmen: 40% weniger
- Energie: keine zusätzlichen Mittel
- Maßnahmen gegenüber Drittländern: 21% weniger
- Transeuropäische Netze: eindeutiges Defizit, usw.

Wegen mangelnder Kohärenz mit den Zielen, die Sie sich selbst gesetzt haben, hat das EP Ihren Vorschlag mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Es hat ihn allerdings als Grundlage für interinstitutionelle Verhandlungen akzeptiert.

Bei diesen Verhandlungen sind bisher keine großen Fortschritte zu verzeichnen. Eine letzte Trilogssitzung steht noch aus, es bestehen jedoch weiterhin erhebliche Differenzen hinsichtlich der Flexibilität und der notwendigen Mittel für mehrere Ausgabenpolitiken von besonderer europäischer Bedeutung.

Wir halten diese Aspekte deshalb für so wichtig, weil wir uns einem Glaubwürdigkeitsproblem gegenüber sehen: Die EU setzt sich ständig neue Ziele und legt neue Aktionsbereiche sowohl bezüglich ihrer internen Politikbereiche – z.B. Forschung oder Energie – als auch in ihrer Rolle als Global Player fest, ohne sich mit den notwendigen Mitteln auszustatten, um die entsprechenden Zielsetzungen auch zu erreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Staats- und Regierungschefs,

lassen Sie es nicht zu, dass die Enttäuschung über das europäische Projekt weiter zunimmt. Schaffen wir nicht mehr Erwartungen, als erfüllt werden können, und gelangen wir zu einer Einigung, die es erlaubt, die Erwartungen zu erfüllen, die wir bereits geweckt haben.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass jedwede Revision der Finanziellen Vorausschau nach der Hälfte ihrer Laufzeit die Zustimmung des Parlaments erfordert.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Staats- und Regierungschefs,

das EP misst der Vollendung des Binnenmarkts und des freien Kapital-, Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehrs vorrangige Bedeutung bei.

Deshalb begrüßt es die kürzlich von mehreren Staaten getroffene Entscheidung, auf das Moratorium für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten zu verzichten.

Das EP fordert die Mitgliedstaaten, die das noch nicht getan haben, auf, sich dem unverzüglich anzuschließen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Wiederum dem EP ist es nach langwierigen Diskussionen gelungen, die Wogen im Zusammenhang mit der Dienstleistungsrichtlinie zu glätten.

Dabei wurden viele Missverständnisse im Zusammenhang mit diesem Projekt geklärt. Mehrere Mitgliedstaaten hatten in der Richtlinie eine Chance gesehen, ihre Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt zu verbessern. Andere befürchteten, sie impliziere die Gefahr eines Sozialdumpings. Die Konfusion zwischen Dienstleistung und Niederlassung hat die Debatte undurchsichtiger gemacht.

Das Parlament hat einen Kompromiss erreicht, indem der Geltungsbereich der Richtlinie eingeschränkt, der umstrittene Grundsatz des Herkunftslands gestrichen, ein mehrheitlicher politischer Konsens erzielt und eine Konfrontation zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten vermieden wurde.

Nun ist es an der Kommission, dem Rat einen geänderten Vorschlag vorzulegen.

Ich bitte Sie jetzt, eine so detaillierte Vereinbarung nicht in Frage zu stellen, die es ermöglichen wird, einen einheitlichen Dienstleistungsmarkt zu schaffen und gleichzeitig die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten zu respektieren.

Ferner fordert das EP, dass die Strategie für Wachstum und Beschäftigung genauestens das Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Dimension respektiert.

Das ist unerlässlich, um die Zustimmung der Bürger zu erlangen und die Armut zu bekämpfen, ein tief in der europäischen Gesellschaft verwurzeltes Problem, das 15 % der Bevölkerung betrifft, ein Ziel, das aus den Vorschlägen der Kommission jedoch praktisch verschwunden ist.

Die Kombination von Flexibilität und Sicherheit ist besonders wichtig zur Bekämpfung eines tief verankerten Gefühls von Unsicherheit – für einige bereits Realität, für andere erst eine Art Beklemmung –, das sich bei vielen Europäern verbreitet.

Reformen werden oft als Alibis für niedrige Gehälter und immer unsicherere Arbeitsplätze gesehen. Diese Situation kann dazu führen, dass die Menschen sich verstärkt auf sich selbst zurückziehen, was der von uns angestrebten Öffnung und Umstellung gegenüber der Welt entgegensteht.

Die Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse durch Ausbildungsprogramme sollte vorrangig den weniger qualifizierten Arbeitnehmern zugute kommen.

Allerdings zeigen die Berichte der Kommission, dass dem nicht so ist. Der Anteil unterqualifizierter Arbeitnehmer, die Zugang zu diesen Programmen haben, erreicht kaum 45 %, in einigen Ländern beträgt er sogar nur 20 %.

Sie sind im Begriff, einen sehr wichtigen Vorschlag der österreichischen Präsidentschaft und der Kommission zu erörtern, dass nämlich 2007 allen Jugendlichen ein Arbeitsplatz, eine Lehre oder eine Ausbildung angeboten werden kann, die ihre Integration in den Arbeitsmarkt erlauben.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Wenn aus Ihren Schlussfolgerungen, die manchmal zu umfangreich sind, als dass sie leicht verstanden werden könnten, nur ein Ziel herausgegriffen werden sollte, so müsste es dieses sein. Es reicht aber nicht, es nur zu postulieren. Genug der frommen Wünsche. Sie müssten schon angeben, wie und innerhalb welcher Frist Sie dieses Ziel erreichen wollen. Außerdem müssen Sie erläutern, wie die Ergebnisse kontrolliert werden sollen, die in den einzelnen Ländern erzielt werden.

Hier möchte ich an die Tagung des Europäischen Rates in Barcelona 2002 erinnern. Um die Geburtenrate zu steigern, wurde damals beschlossen, die Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren um 33 % zu erhöhen und diejenigen für Kinder über drei Jahren bis zu ihrer Einschulung zu verdoppeln.

Was ist aus diesem Versprechen geworden? Weiß es jemand? Erinnert sich zumindest jemand an diese Ziele?

Lassen Sie uns sicherstellen, dass heute nicht das gleiche mit ebenfalls lobenswerten Zielen geschieht, die – wiederum rasch vergessen – nur die Skepsis der Europäer steigern werden.

Das EP ist der Auffassung, dass Wirtschaftswachstum einen adäquaten makroökonomischen Rahmen erfordert. Deshalb fordert es auch, dass die fragmentarischen Wachstumsstrategien aufgegeben und die Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitiken besser koordiniert werden.

Es muss verhindert werden, dass der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts erschüttert.

Darüber hinaus müssen die Bürger die Beschlussfassungsregeln der EU verstehen können.

Wie sollen die Bürger begreifen, dass zur Festsetzung des Mehrwertsteuersatzes für nicht exportierbare Güter wie Gastronomie- oder Bauleistungen Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten erforderlich ist, während direkte Steuern, ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen, von jedem Mitgliedstaat frei festgesetzt werden, ohne dass die EU irgendetwas zu sagen hat?

Was die Alterung der Bevölkerung und die demografischen Herausforderungen angeht, so unterstreicht das EP die besondere Bedeutung der Einwanderungspolitik. Es kann keine Strategie für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt definiert werden, ohne ihr umfassend Rechnung zu tragen.

Welche Fortschritte haben wir sieben Jahre nach Tampere (1999) konkret bezüglich dieser europäischen Einwanderungspolitik erzielt, deren Notwendigkeit so oft proklamiert wurde?

Sehr wenige. Tatsächlich existiert in Europa weiterhin keine *Immigrations-* Politik. Konfrontiert sind wir mit der *Migration*, wobei wir das Problem in Länder jenseits unserer Grenzen verlagern, während die Beschlüsse im Rat für Justiz und Inneres blockiert sind.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Einwanderung, also der Prozess, durch den Migranten ins Land gelangen, muss ein Synonym werden für Integration in die Aufnahmeländer und Entwicklungskooperation mit den Herkunftsländern. Es wäre ein gravierender Fehler, das Problem einzig und allein unter dem Aspekt der Sicherheit oder als Mittel zur Lösung des Problems unserer alternden Bevölkerung zu betrachten.

Außerdem können wir die Lösung des Problems nicht allein den südlichen Mittelmeerländern, den Transit- oder den Erstaufnahmeländern überlassen.

Einwanderung ist eine europäische Angelegenheit.

Dabei wird die Lage immer dringlicher und dramatischer. Binnen 45 Tagen ertranken zwischen 1 200 und 1 700 „Bootsflüchtlinge“ aus Mauretanien auf ihrem Weg zu den Kanarischen Inseln und auf der Suche nach dem El Dorado Europa im Atlantik.

Die EU muss sich den Sklavenhändlern unserer Zeit mit adäquaten und entschlossenen Politiken entgegenstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Staats- und Regierungschefs,

auf der Tagung des Europäischen Rates in Hampton Court wurde die Idee einer europäischen Energiepolitik initiiert.

Im Anschluss daran machte uns die russisch-ukrainische Erdgaskrise klar, wie abhängig wir im Energiebereich sind.

Den Europäern ist ihre Anfälligkeit im Energiebereich bewusst geworden. Gleichzeitig haben die Übernahmeangebote und Gegenofferten die strategische Dimension der Energieversorgung für die nationale Souveränität unterstrichen.

Das Gründbuch der Kommission liegt auf dem Tisch. Lassen Sie uns rasch handeln.

Die Energieversorgung verkörpert quasi die derzeitigen Widersprüche in der EU.

Wie lässt sich die Souveränität der Mitgliedstaaten mit der unerlässlichen Reaktion auf gemeinsame Probleme kombinieren?

Was ist zu tun?

Zunächst muss die Energie ein grundlegendes Element der Außenpolitik der Union werden. Das EP befürwortet das nachdrücklich, um zur Versorgungssicherheit beizutragen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Wir müssen entschlossen handeln, um die Energieeffizienz zu verbessern, was Einsparungen von 20 % beim Verbrauch erlauben würde. Das erfordert aber viele Änderungen bei den einschlägigen Preisen und sozialen Gewohnheiten.

Erörtern müssen wir auch die Frage des richtigen „Energiespektrums“, ein sehr heikles Problem, das ebenfalls den Kern der nationalen Souveränität berührt.

Nach Auffassung des Europäischen Parlaments ist langfristige Energiesicherheit ohne erneuerbare Energien unmöglich. Unsere technologische Kapazität auf diesem Gebiet muss für die Entwicklung der Schwellenländer genutzt werden, die die weltweite Energielandkarte verändern werden.

Gleichzeitig erkennt das EP die Rolle der Kernenergie bei der Sicherheit der Stromversorgung an. Die Kernenergie trägt zur Reduzierung der CO₂-Emissionen bei, auch wenn sie andere Umweltprobleme aufwirft. Lassen Sie uns diese Diskussion ohne Tabus führen.

Allerdings besteht bezüglich der Frage der Energie ein entscheidendes Problem: In Wirklichkeit existiert keine europäische Energiepolitik, sondern eine auf die Energie angewandte Wettbewerbspolitik.

Und diese Wettbewerbspolitik gilt für einen nicht integrierten Markt, in dem die grenzüberschreitenden Verbindungen fehlen und in dem die Liberalisierung des Strommarkts nicht die erwarteten Vorteile erbringt.

Die Verbraucher haben bisher nicht von geringeren Belastungen oder einer besseren Dienstleistungsqualität profitiert. Die europäische Wirtschaft als Ganzes hat nicht von einer gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit oder niedrigeren Preisen profitiert.

Die alten Monopole dominieren die Märkte nach wie vor. Der grenzübergreifende Wettbewerb ist wenig bedeutend, neue Akteure erlangen nicht die notwendigen Leitungskapazitäten für Gas oder Strom, die Verbindungen sind unzulänglich, und die großen Verbraucher sind oft durch vor der Liberalisierung abgeschlossene langfristige Verträge gebunden.

Daher ist es nicht erstaunlich, dass sich der europäische Binnenmarkt in ein nationalistisches Gefecht zwischen Ländern verwandelt, die Energie als strategisches Problem rein nationalen Charakters begreifen.

Das Europäische Parlament hat mit überwältigender Mehrheit seine Sorge wegen der von den Regierungen gegen die Mobilität des Kapitals und das Niederlassungsrecht beschlossenen defensiven und protektionistischen Maßnahmen bekundet. Es hat die Kommission aufgefordert, entschlossen zur Verteidigung des Binnenmarkts tätig zu werden, auch in Bezug auf Energie und Finanzdienstleistungen.

Die Kommission fordert mehr Wettbewerber für mehr Wettbewerb. Tatsächlich wird aber, ob es uns gefällt oder nicht, der Fusionsprozess fortschreiten.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Die Frage ist, ob diese Fusionen auf nationaler oder europäischer Ebene erfolgen, und welches der adäquate Regelungsrahmen ist.

Welche Rolle kann der Wettbewerb im Stromsektor spielen, welches ist die Rolle des öffentlichen Diensts?

Sie eröffnen heute eine Debatte von größter Bedeutung für die Zukunft Europas. Das EP wird sich aktiv daran beteiligen, weil eine europäische Energiepolitik viel **politische** Energie erfordert.

* * *

Ich kann meinen Beitrag nicht schließen, ohne in meiner Eigenschaft als Präsident der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer, die Ende der Woche in Brüssel tagt, einige Worte zum Nahen Osten an Sie zu richten.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Staats- und Regierungschefs,

unser relativer Misserfolg bei der Wiederbelebung der Partnerschaft mit den Ländern des Mittelmeerraums hat denjenigen Tür und Tor geöffnet, die den so genannten „Zusammenstoß der Kulturen“ propagieren. Nach den Wahlergebnissen der vergangenen Monate in der arabischen Welt gibt es viele, die dies in Palästina, Ägypten, Irak und bald vielleicht in weiteren Ländern unterstützen.

Die Erklärung des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer vom 6. Februar 2006 war die erste gemeinsame Erklärung zur Karikaturenkrise und demonstrierte den Wert der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer als Instrument des Dialogs und der Zusammenarbeit.

Allerdings boten in diesem Zusammenhang der Abzug der internationalen Aufseher und der nachfolgende Angriff auf das Gefängnis von Jericho, der Präsident Abbas daran hinderte, vor dem PE zu sprechen, den Islamisten der Region **weitere** Bilder zur Stützung ihrer Positionen.

Am nächsten Montag werden wir als Parlamentarier Europas und der Region unser Möglichstes tun, um weiterhin ein Klima des Dialogs zu schaffen. Dazu ist es unerlässlich, dass die Haushaltskürzungen für die MEDA-Programme korrigiert werden. Nach dem Eindruck von Barcelona 2005, nämlich dem einer Partnerschaft ohne „Partner“, können diese Kürzungen die Glaubwürdigkeit des euromediterranen Prozesses vollends ruinieren.

Die Unterstützung des Rates und der Kommission auf adäquater Ebene wäre dazu von großem Nutzen und würde die interinstitutionelle Zusammenarbeit stärken, die das EP dem Rat erneut anbietet.

Ich danke Ihnen für diese Gelegenheit, zu Ihnen zu sprechen, und wünsche Ihnen ein erfolgreiches Arbeiten.